

4547/J XX.GP

des Abgeordneten Wabl, Freundinnen und Freunde  
an die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten  
betreffend Österreichisches Institut für Europäische Sicherheitspolitik (ÖIES)  
In Linz wird am 5. Juni vom ÖIES ein Seminar zum Thema Europa 2000 durchgeführt bei  
dem praktisch ausschließlich exponierte Befürworter eines Beitrittes zu Nato oder Weu  
referieren werden. Neben dem Verbindungsoffizier Österreichs bei der Nato, einem  
Brigadier und dem Nato - Sicherheitsexperten des Verteidigungsministeriums wird auch  
Botschafter Dr. Hochleitner und Prof. Klaus Emmerich, die bisher auch nicht durch  
besonders kritische Beiträge zur Nato aufgefallen sind, an dem Seminar teilnehmen. Der  
Höhepunkt der Veranstaltung wird die zweimalige Durchführung einer Podiumsdiskussion  
darstellen (einmal um 17 Uhr im Landhaus und in selber Besetzung um 19 Uhr in der  
Wirtschaftskammer), an der die genannten fünf Referenten in einer mit Sicherheit an  
Spannung kaum überbietbaren Kontroverse Ihre Positionen zu den “Konsequenzen für die  
Sicherheitspolitik Österreichs” austauschen werden. Nach Angaben des Programmes wird  
diese Veranstaltung von der EU, dem Land Oberösterreich und dem Unterrichtsministerium  
unterstützt.

Bundespräsident Thomas Klestil hat in seiner Neujahrsansprache 1998 in Bezug auf die  
zukünftige Sicherheitspolitik Österreichs “eine volle und offene Information der  
Bevölkerung” verlangt. Die geltende Verfassung der Republik Österreich bekennt sich zur  
immerwährenden Neutralität. Daß die Doktrin der Neutralität nicht nur in der  
Vergangenheit und Gegenwart gute Dienste für die Sicherheit dieses Landes geleistet hat,  
sondern dies auch in der Zukunft tun kann, wird selbst von Befürwortern von NATO und  
WEU nicht bestritten. Bündnisfreiheit Stationierungsverbot und die Nichtteilnahme an  
Kriegen sind gute Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung in der Welt. Das sind  
auch die drei Elemente der immerwährenden Neutralität.

Aus staatspolitischer Sicht ist der verfassungsrechtliche Bestand für die sicherheitspolitische  
Entwicklung der 2. Republik in jedem Fall relevanter, als die weitgehend ungeklärte  
Optionenfrage der Bundesregierung. Demokratiepolitisch und verfassungsrechtlich  
bedenklich wird die Angelegenheit, wenn ausschließlich jene privaten Vereine und Institute  
von Regierungsstellen gefördert werden, die eigentlich die Abschaffung der  
immerwährenden Neutralität zum Ziel haben. Auch wenn das “Österreichische Institut für  
Europäische Sicherheit” (ÖIES) als grundlegende Richtung “unabhängige Sachinformation  
über Fragen der europäischen Sicherheit” angibt, ist der Inhalt der Publikationen und  
Veranstaltungen eindeutig gegen den Verfassungsboden der immerwährend neutralen  
Republik Österreich orientiert. So kann ja die “volle und offene Information der  
Bevölkerung”, wie sie der Bundespräsident Anfang des Jahres verlangt hat, nicht gemeint  
gewesen sein.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

**ANFRAGE:**

1. Mit welchen Summen hat das Unterrichtsministerium das “Österreichische Institut für Europäische Sicherheitspolitik” in den Jahren 1997, 1998 und 1999 subventioniert?
2. Hat das “Österreichische Institut für Europäische Sicherheitspolitik” in Ihrem Ressort für Einzelprojekte die im Jahr 1998 oder 1999 stattfinden sollen, um finanzielle Unterstützung und in welcher Höhe angesucht?
3. Ist Ihnen der Inhalt und die Referentenliste der Veranstaltung des ÖIES bei Vergabe der Subvention bekanntgewesen?
4. In den Erläuterungen zur Regierungsvorlage des Neutralitätsgesetzes (598 d. Beil. VII GP) heißt es ausdrücklich: “Der Gesetzesbefehl der Vorlage richtet sich auch an die vollziehende Gewalt und insbesondere an die Bundesregierung”. Durch welche Maßnahmen werden Sie sicherstellen, daß auch Ihre Subventionspolitik diesem Gesetzesbefehl weiterhin folgen wird?